

# Gallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 286.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

**Weggezeichnet für Halle und Bezirke 2,00 M., durch die Post bezogen 3 M., für den Vertriebsbezirk.**  
Die Gallesche Zeitung erscheint wöchentlich am Freitag. — Gratis-Beleg: Gallescher  
Kourier (Mitt. Freitag), Anhaltische Zeitung (Samstag), Zamb. Württemberg,  
Münchener Nachrichten, Gallesche Provinzialblätter, Anhaltische Zeitung für die junge Welt.

Zweite Ausgabe

Angelagte für die Gallesche Zeitung sind die Gallesche Zeitung oder deren Mann für Halle und den  
Bezirk 2,00 M., am Freitag, 20. Juni, 1913. — Wenn man am Freitag die Gallesche Zeitung  
die Seite 100 liest, Angelagte sind die Gallesche Zeitung (Galles) und bei allen  
bekannten Anzeigenverlegern.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62  
Telefon 818 u. 819; Reichstags-Telefon 810.  
Chefredakteur: Dr. Straube-Baldwin, Halle (Saale).

Sonnabend, 21. Juni 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 31  
Telefon Amt Scharfstr. Nr. 620.  
Druck und Verlag von Otto Ehrlich, Halle (Saale).

### Dankerlaß des Kaisers und Königs.

Der „Reichsanzeiger“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichen folgenden Erlaß des Kaisers:

In dem an ernten und frohen vaterländischen Gedanktagen so reichen Jahre ist Mir ein besonders glücklicher Tag bechieden gewesen: der Tag, an welchem Ich vor 25 Jahren auf den Thron Meiner Väter berufen wurde. In diesem Gedanktage habe Ich Ihn mit Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Meiner Gemahlin, im Kreise unserer Kinder und Kindeskinde freudig begeschen können. Ich danke Gott, daß Ich mit Verfriedigung zurückblicken darf auf die vergangenen 25 Jahre ernten Schaffens, auf die großen Ertrugenschaften, welche sie dem Vaterlande auf allen Gebieten des geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens gebracht haben, auf die beispiellose Zunahme an Volkskraft und Rationalvermögen.

Das auf dem Fundament der Einigkeit der deutschen Stämme und ihrer Fürsten der Kaiser Wilhelm dem Großen errichtete Deutsche Reich ist nach innen und außen weiter ausgebaut zu einem gesühten und freundlichen Ansehen durch seine Bewohner. Daß dies unter den befruchtenden Strahlen der Friedenssonne geschehen ist, deren Kraft jedes am Horizont aufstauende Gewölk siegreich zerstreut, macht Mich besonders glücklich. Ein Herzenswunsch ist Mir damit in Erfüllung gegangen.

In reicher Fülle ist Mir an Meinem Ehrentage Liebe und treue Anhänglichkeit von allen Seiten entgegengebracht worden. Die Erlauchten Deutschen Fürsten und die Freien Städte haben es sich nicht nehmen lassen, ihre Mich beglückende Freundschaft und die Festigkeit des Bundes deutscher Einheit durch persönliche Ueberbringung freundlicher Glückwünsche von neuem zu betätigen. Das deutsche Volk hat Mir durch Abordnungen und Tausende von Briefen, Telegrammen und künftlerischen Adressen aus allen Ecken des Vaterlandes, aus den Kolonien und aus allen Teilen des Erdballes treue Glückwünsche kundgegeben. In Stadt und Land ist der Tag mit freudiger Teilnahme festlich begangen worden. In festlichen Veranstaltungen der Parlamente, Behörden und Vereine wie in freundlichen Festlichkeiten der Tagespresse ist eine patriotische Stimmung von außerordentlicher Stärke zutage getreten. Aber nicht auf Glückwünsche und Festreden allein haben sich die Mir gedewidmeten Aufmerksamkeiten und Ehrungen beschränkt. Wenn Festesfreude mit dem Herzen empfunden wird, drängt sie zur Betätigung durch Dankopfer. Provinzen, Kreise, Städte, Gemeinden und Vereine haben trotz hoher Anforderungen an ihre Opferwilligkeit sich gedungen gefühlt, zahlreiche mit Meinem Namen verbundene Stiftungen zu errichten, dazu bestimmt, die Not der Bedürftigen, Kranken und Elenden zu lindern und gemeinnützige Bestrebungen mannigfachster Art zu fördern. Zu Meiner besonderen Freude ist dabei auch der in unseren Kolonien segensreich wirkenden christlichen Missionen und der mit Glücksgütern nicht gelegenen Veteranen aus großer Zeit dankbar gedacht worden. So ist Mein

Regierungsjubiläum zur Quelle eines Segensstromes für die Deutschen Lande noch für kommende Geschlechter geworden.

Beglückt und bewegt durch die Begeisterung, mit der Mein Ehrentage als ein nationaler Festtag gefeiert worden ist, spreche Ich jedem Einzelnen, welcher Meiner so freundlich gedacht und zur Erhöhung der Festesfreude beigetragen hat, auf diesem Wege Meinen wärmsten Dank aus. Ich werde auch ferner für das Wohlergehen des deutschen Volkes gern Meine volle Kraft einsetzen, solange Gott der Herr sie Mir erhält. Er aber wolle Mein Wirken und Streben mit Seinem Gedenke beglücken und das teure Vaterland allezeit in Seine unendliche Obhut nehmen.

Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Neues Palais, den 19. Juni 1913.

Wilhelm I. R.

An den Reichszangler.

\*

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Zum Regierungsjubiläum Seiner Majestät des Kaisers und Königs sind von fremden Souveränen und Staatsoberhäuptern Glückwünsche in so großer Zahl eingetroffen, daß davon abgesehen worden ist, diese Telegramme und die darauf ergangenen Antworten zu veröffentlichen. Darunter befindet sich auch ein sympathischer Glückwunsch des Herrn Präsidenten der Französischen Republik. Durchaus irrig ist, wie wir feststellen konnten, die Angabe eines Pariser Blattes, dieses Telegramm sei in Berlin übergeben worden und nicht in die Hände des Kaisers gelangt. Das Telegramm des Herrn Präsidenten ist am 15. d. M. eingegangen und von Seiner Majestät noch an demselben Tage beantwortet worden.

### Die Besitzsteuer in der Budgetkommission.

Die Kommission für die erste Lesung des Besitzsteuergesetzes zu Ende. Zu längerer Erörterung führte nach der Abschnit Wertermittelung. Sieht man dabei von den Beschlüssen ab, die sich lediglich als Folgen der bisherigen Stellungnahme zum Wehrbeitrag ergeben, so verbleiben vornehmlich Änderungen, die sich aus der Gestaltung der Vermögenszuwachssteuer zu einer besonderen Reichsteuer notwendig machen. Es seien namentlich die Änderungen über die Veranlagungsstellen genannt. Indes beantragen die Nationalliberalen noch eine Resolution, nach der bei Ausführung des Besitzsteuergesetzes

1. die Reichsbevollmächtigten zu Reichsbeamten gemacht und ihre Befugnisse erweitert,
2. die Veranlagung nicht den Behörden und Beamten der allgemeinen Verwaltung, sondern besonderen finanz- und steuerrechtlich ausgebildeten Beamten übertragen werden soll.

Gegen diese Vorschläge erhob der Reichsfinanzsekretär schwere Bedenken und die Konserverativen stimmten ihm zu. Nebenbei forderten die Freisinnigen noch über die Resolutionen der Nationalliberalen hinaus, dem Reichstag alljährlich über die Tätigkeit der Reichsbevollmächtigten Bericht zu erstatten. Die Konserverativen warnten vor der Annahme der Resolutionen, die nicht nur eine Spitze gegen den preussischen Konrad haben, sondern auch die Rechte der Einzelstaaten einschränken wollen. Gleichwohl entschied sich die Linke für Annahme der Resolutionen.

Beim Abschnit Veranlagungsstellen und Erhebungsstellen forderten die Sozialdemokraten auch die Vesteuerung der Bundesfürsten durch folgenden Antrag: „Der Bundesrat bestimmt die für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer der Bundesfürsten zuständigen Behörden.“

Der Reichsfinanzsekretär wendet sich lebhaft gegen den Antrag. Hier liege die Sache doch anders als beim Wehrbeitrag, bei dem die Fürsten ihre Beteiligung freiwillig zugestanden haben. Die Frage sei für die Regierung von weittragender Bedeutung, daß sie nicht nachgeben könne, solle nicht ihr Einfluß völlig ausgeschaltet werden. Sie habe große Opfer gebracht, um dem Gesetz zuzustimmen zu können. Nun aber solle man in die Materie nicht eine Streitfrage tragen, die das Gesetz zum Scheitern bringen müsse. Bescheidenerweise stimmten die Fortschrittler auch hier den sozialdemokratischen Verbündeten zu. Die aus der Rechten, dem Zentrum und den Nationalliberalen bestehende Mehrheit lehnte aber den Antrag ab, die Rechte aus grundsätzlichen Erwägungen und die übrigen Parteien in der Auffassung, daß es sich hier um eine Auslegungsfrage handle, über die gegebenenfalls die Gerichte zu entscheiden haben.

Beim Abschnit über die Besitzsteuererklärung beantragten die Nationalliberalen die Streichung der eidstattlichen Versicherung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Sozialdemokraten forderten noch eine besondere Reichsvermögenssteuer in Höhe von 0,2 vom Tausend. Der Antrag wurde abgelehnt.

Bei den Strafverordnungen war die Kommissionsmehrheit gegen die Strafe der Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte, aber für die öffentliche Bekanntmachung der Strafe. Bei der Entschädigung der Bundesstaaten für die Erhebungsstellen lag ein Antrag vor, den Bundesstaaten 10 v. H. der Roherinnahme zu überlassen. Der Ausschuß beschloß, für die erste Veranlagung 10, später jedoch nur 5 v. H. Entschädigung zu gewähren.

Damit war die erste Lesung der Besitzsteuer erledigt und es begann die Beratung der Bestimmungen über die Zundersteuer.

Die Regierungsvorlage will die Zundersteuer in ihrer bisherigen Höhe — 14 Mark — nach bis Ende 1917 beibehalten. Dagegen wünscht ein nationalliberaler Antrag die unbeschränkte Beibehaltung der Steuer und ein sozialdemokratischer Antrag die Ermäßigung der Steuer beim Zankfortreten des Besitzsteuergesetzes. Im Sinne ihres Antrages empfehlen die Nationalliberalen, die Veranlagung auf Ermäßigung der Zundersteuer einzustellen und dafür im nächsten Jahre lieber die Umsatzsteuer aufzuheben. Anderer-

seits hat ein Konserverativer dringend um Ermäßigung der Zundersteuer; eine weitere Hinausschiebung dieser Ermäßigung solle unmöglich sein. Gleichwohl wurde der Antrag der Nationalliberalen, der auch die Willkür des Staatssekretärs gefunden hatte, mit den Stimmen des Zentrums und der Liberalen angenommen.

Die vorgeschlagenen Gesellschaftsstempel wurden mit unwesentlichen Änderungen genehmigt.

Sonnabend Fortsetzung.

### Deutscher Reichstag.

106. Sitzung vom 20. Juni, 2 Uhr.

Am Bundesstatistiker v. Heeringen.

Sturz Anträge.

Die Abg. Dambach und Schmitz (Vol.) fragen, ob bekannt ist, daß der „Obersteleische Berg- und Hüttenamtliche Beceat“ zu Sadowitz nach dem letzten Bergarbeiterstreik über Arbeiter die Arbeitsausperrung auf 3 Monate bei 1500 Mt. Konventionalstrafe für jeden Zuwanderungsfall verhängt hat. Was gebietet der Reichszangler zum Schutze der einheimischen Arbeiter gegen diese der Reichsgewerbeordnung widersprechenden Maßnahmen zu tun?

Ministerialdirektor Dr. Gajpar: Eine Ausperrung von drei Monaten ist in Österreich nicht verhängt worden. Später wurde eine Ausperrung ausgeschrieben, der sich auch die Bergwerksdirektion hätte anschließen können. Sobald der Handelsminister davon Kenntnis erlangte, hat er das Erörterungsbeamtigt, um die Ausperrung aufzuheben. Sie hat übrigens nur zwei Wochen gedauert. Der Reichszangler hat keine Veranlassung, sich damit zu befassen.

Die Deeresvorlage.

Der Eintritt in die Abstimmung gibt Präsident Dr. Kaempf dem Abg. Dr. Frank (Soz.) das Wort zur Verlesung einer Depesche.

Abg. Graf Westarp (konf.) erhebt Widerspruch. Die Diskussion ist gestern schon geschlossen worden.

Präsident Dr. Kaempf: Da Widerspruch erhoben wird, muß ich davon absehen, das Wort zu erteilen.

Abg. Dambach (Soz.) zur Verlesung: Diese Auffassung ist unrichtig. Der Herr Präsident würde sich mit seiner eigenen Auffassung in Widerspruch setzen. Der Abg. Frank hätte bereits angefangen zu sprechen und dem Abg. v. Westarp konnte das Wort nicht mehr erteilt werden. (Zusch. Widerspruch rechts.)

Abg. Dambach (Soz.): Das Wort zur Verlesung war mir bereits gegeben. Ich habe vor der Sitzung den Präsidenten um die Erlaubnis zur Verlesung gebeten und die beiden ersten Worte bereits gesprochen. (Zusch. Widerspruch rechts.) Ich halte mich für berechtigt, die Depesche jetzt vorzulesen. (Stürm. Widerspruch rechts und im Zentrum.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich habe dem Abg. Frank vor der Sitzung erklärt, daß ich das Wort nicht erteilen kann, wenn ein Widerspruch nicht erhoben wird. (Hört! hört! rechts.) Dieser Widerspruch ist erhoben worden.

Abg. Graf v. Westarp (konf.): Eine Verlesung konnte nur vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgen. Da wir aber in diese eingetreten waren, konnte eine Verlesung nicht erfolgen. Eine Verlesung konnte nur in Wiedereröffnung der Diskussion erfolgen.

Abg. v. Bahr (fortschr. Sp.): Es handelt sich hier nur darum, ob die Diskussion wieder eröffnet werden sollte.

Abg. Dambach (Soz.): Dem Abg. Frank war aber bereits das Wort gegeben. Der Herr Präsident hat das Recht und unser Genosse Frank konnte deshalb die Erklärung abgeben.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Ich hatte den Präsidenten um die Erlaubnis gebeten, die Depesche vor Eintritt in die Tagesordnung vorlesen zu können. Der Präsident hat sich also nicht im Rahmen der Geschäftsordnung gehalten. (Unruhe.)

Präsident Dr. Kaempf: Wenn Sie nicht fertig lag ich Veranlassung ein. Ich habe auch die Depesche, die zwei Seiten lang ist, nicht gelesen. (Zusch. Hört! hört!)

Abg. v. Bahr (fortschr.): Abg. Frank sollte sich doch nicht auf so formalistische Einwände stützen, daß ihm das Wort bereits erteilt war. (Zusch. Hört! hört!)

Abg. Graf Westarp (konf.): Dem stimme ich zu.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Ich werde die Depesche auf den Tisch des Hauses niederlegen. (Zurufe: Na also!)

Präsident Dr. Kaempf: Damit ist die Angelegenheit wohl erledigt.

Das Haus nimmt nun die Bestimmungen über den gestern verhandelten sozialdemokratischen Antrag betr. Militärdienst. Er wird in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Die in ihrer Tendenz ähnliche Resolution der Kommission wird durch Auszählung (Stimmesplung) mit 196 gegen 100 Stimmen angenommen.

Die Verlesung über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung eines Artikkels I. (Die Verlesung darf nur von der persönlichen Lichtheit abhängig gemacht werden), wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Werner-Gieseler (W. Bsp.): Die Judenfrage hat in dieser Erörterung eine gewisse Rolle gespielt. Es ist leicht, von dem Antisemitismus als Grund des Judentums zu reden. Dabei wird man begreifen, daß es zu allen Zeiten einen Antisemitismus gegeben hat. Alle großen Völker haben sich gegen die Juden ausgesprochen. Und wenn Abg. Müller-Weinigen Bismarck gegen die Juden ausgesprochen hat, dann hätte er auch anführen müssen, was Bismarck gegen die Juden gesagt hat. Man möchte die Mitglieder des Reichstages bitten, aufzunehmen. Soffentlich wird weiter dagegen angekämpft. Ein zu hoher Prozentsatz Juden in einem Truppenteil demoralisiert diesen. (Lachen links.) Wir lehnen Juden als Offiziere ab.

Abg. Schmitz (Soz.): Wenn man die antisemitische Bewegung untersuchen wollte, dann würde man sie als Stalab erkennen. Man sollte nicht vergessen, daß die ersten Christen auch Juden gewesen sind. (Vizepräsident Dobe bittet, zum Antrag zurückzukommen.) Nach einem mir zugegangenen Telegramm ist die geirige Erklärung des Generalleutnants v. Wandel mit den Tatsachen kaum vereinbar.

Generalleutnant v. Wandel: Von meiner geirigen Erklärung habe ich nichts zurückzunehmen. Sie entspricht einer Eingabe des





Am 20. Juni 1933. Die Kurse sind in Reichsmark angegeben. Die Kurse sind in Reichsmark angegeben. Die Kurse sind in Reichsmark angegeben.

Berliner Börse, 20. Juni 1933

Amphibien: 1 Fr. 10.00, Perle: 2 Pf. 1.00, ... Berlin, Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuß 7%, Privatkont 5%.

Main table of stock prices and market data, organized into columns for various sectors like 'Börsennotierte Aktien', 'Bank- und Wechselkurse', and 'Deutsche Reichsbank'. Includes company names like 'AGFA', 'Bayer', and 'Deutsche Bank'.

Unterstützt von der Universitäts- und Landesbibliothek Bonn. Includes logos for Universitäts- und Landesbibliothek Bonn and DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft).